

plomatischen Vertretungen sowie Chinas Vertretungen im Ausland. (XNA, 21.8.96) -ma-

*(6)

"China kann nein sagen"

Mitte August haben Vertreter des chinesischen Außenministeriums zu dem nach Autorenangaben von "fünf unwichtigen Menschen" veröffentlichten Buch *China kann nein sagen* Stellung genommen. Nachdem Verlage aus mehr als einem Dutzend Ländern und Gebieten die Druckrechte erworben hatten, hieß es seitens des chinesischen Außenministeriums, es handle sich um "ein Buch, das es wert ist, von jungen Chinesen gelesen zu werden". Mit Genugtuung wurden andere ostasiatische Stimmen zitiert, so eine südkoreanische Wochenzeitung, die ihre Leser aufforderte, ebenfalls nein zu den Vereinigten Staaten zu sagen. Ferner wird auf Singapur verwiesen, wo man "der US-Führung rät, 'China kann nein sagen' zu lesen". Das Buch "wird sie befähigen, ihre früheren Schlußfolgerungen zur ideologischen Situation in der chinesischen Bevölkerung neu zu bewerten". Das Buch, das im Mai 1996 erschienen ist und von fünf jungen Journalisten, Universitätslehrern und freischaffenden Schriftstellern in Anlehnung an vergleichbare frühere Werke des japanischen Politikers Ishihara und des malaysischen Ministerpräsidenten Mahathir verfaßt wurde, setzt inhaltliche Schwerpunkte zu den chinesisch-amerikanischen Beziehungen, zur Taiwan-Frage und zum Verhältnis China - Japan. Die Autoren selbst betonen, sie seien "nicht in einer Nacht zu Nationalisten" geworden, aber sie wollten aus einem Sinn für Gerechtigkeit heraus offen sprechen, "um die grundlegenden Interessen unseres eigenen Landes und die Interessen anderer schwacher Länder zu verteidigen". Dementsprechend "spiegelt das Buch nur die wahren Gefühle der heutigen chinesischen Jugend wider". (SWB, 23.8.96) Einige Kernaussagen des provokativen Opus sind: "America can lead nobody but itself. Japan can lead nobody, sometimes not even itself. China does not want to lead anyone, it only wants to lead itself." An die USA gerichtet: "How can you be the centre? You don't deserve it." Gegenüber Japan: "There are many examples why it is necessary to say something very harshly to irritate Japan." Zur Taiwanfrage: "We Chinese youth must have a sense of dignity and say: 'We must prepare for war'." (SCMP, 3.8.96) -ma-

Innenpolitik

*(7)

Die interregionale Kooperation kommt voran: die "Huanghe-Zone"

Die 1988 auf Betreiben der Zentralregierung gegründete "Huanghe-Wirtschaftskooperationszone" (*Huanghe jingji xiezuoqu*) wächst nach einem Bericht der *Volkszeitung* (RMRB, 31.8.1996, Überseeausgabe) in den neunziger Jahren zu einem wichtigen Vehikel der überregionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit heran. Ende August fand in Ürümqi die IX. Konferenz der neun Mitgliedsregionen (Shandong, Shanxi, Henan, Innere Mongolei, Shaanxi, Gansu, Ningxia, Qinghai und Xinjiang) statt, die ein Drittel des chinesischen Territoriums und ein Viertel der chinesischen Bevölkerung umfassen.

Erklärter Zweck der Kooperationszone ist die "koordinierte Entwicklung der überregionalen Wirtschaft und die schrittweise Verringerung der regionalen Entwicklungsunterschiede". Entlang des Huanghe soll ein dynamischer Markt entstehen, der die aus der planwirtschaftlichen Vergangenheit ererbten administrativen Eingrenzungen der Provinzwirtschaften und die Hemmnisse des regionalen Wirtschaftsprotektionismus überschreitet.

In den neunziger Jahren ist ein vielschichtiges Netz neuartiger Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beteiligten Regionen entstanden. Die Zusammenarbeit erstreckt sich unter anderem auf die Erschließung von Bodenschätzen, auf Infrastrukturprojekte im Energie- und Transportbereich, eine verbesserte Abstimmung in regionalen Investitionsstrategien sowie auf den Austausch von Technologie und qualifiziertem Personal.

So sind in den letzten acht Jahren intensive Partnerbeziehungen nicht nur auf der Provinzstufe geknüpft worden. Vielmehr gibt es inzwischen mehr als 70 Städtepartnerschaften und 22 branchenbezogene Gemeinschaftskonferenzen (*lianxihui*) im Rahmen der Huanghe-Kooperationszone. Auch finden regelmäßige Außenwirtschaftskonferenzen statt. Insgesamt sind 18.700 gemeinschaftliche Projekte auf den Weg gebracht worden. Güter und Materialien

im Gesamtwert von mehr als 23 Mrd. Yuan RMB flossen in die überregionale Kooperation ein. Es besteht nicht nur ein reger Austausch zwischen hochrangigen Führungskräften in Partei und Verwaltung. Vielmehr sind auch bereits über 20.000 Manager und Techniker aus Wirtschaftsunternehmen zu Fortbildungszwecken in kooperierende Regionen entsandt worden.

Der Artikel stellt die Huanghe-Kooperationszone als einen "Wirtschaftsverbund" (*jingji lianheti*) dar, der auf dem Weg zur organisatorischen Festigung und Institutionalisierung ist. In der Tat sind in der interregionalen Wirtschaftskooperation in den neunziger Jahren beachtliche Fortschritte zu erkennen: Der extreme Protektionismus der achtziger Jahre und die von der Zentrale bis heute kritisierte parzellierte "Feudalherrenwirtschaft" in Chinas Provinzen befinden sich auf dem Rückzug. Interregionaler Handelsaustausch und regionale Arbeitsteilung entwickeln sich.

Die seit den achtziger Jahren begründeten überregionalen Formen der Wirtschaftskooperation (siehe C.a., 1995/7, S.581, zu drei weiteren Kooperationszusammenschlüssen: Südchinesische Vereinigung für regionale ökonomische Koordination, Nordostchinesische Wirtschafts- und Technologievereinigung sowie Nordwestchinesischer Rat für Wirtschaftskooperation) tragen zu dieser Entwicklung bei: Die Perspektiven für eine Überwindung des maoistischen Erbes der regionalen Parzellierung und die Chancen für eine dichtere Binnenmarktintegration beginnen sich zu verbessern. -hei-

*(8)

"Öffentliche Finanzmittel dritter Art": Chinas fiskalische Schattenordnung

Nach Einschätzung des Beijinger Finanzministeriums hat das Volumen der "nicht ordnungsgemäß erfaßten öffentlichen Finanzmittel" (*fei chengxu caizheng zijin*) ein Ausmaß erreicht, das die fiskalische Kapazität des chinesischen Staates ernsthaft beeinträchtigt. (*Zhongguo shichang jingji bao*, 28.8.1996)

Öffentliche Einnahmen, die weder in den regulären Staatshaushalten (*yusuannei zijin*) noch als außerbudgetäre Finanzmittel (*yusuanwai zijin*) erfaßt sind, werden auch "öffentliche Finanzmittel dritter Art" (*disan caizheng zijin*)

genannt. Sie umfassen Einnahmen vor allem aus örtlich geregelten Gebühren-, Beitrags- und sonstigen Zahlungen an Verwaltungsbehörden sowie irregulär begründete Fonds lokaler Verwaltungsorgane. Solche Finanzmittel sollen nach vorsichtigen Berechnungen des Finanzministeriums gegenwärtig ein Volumen von mehr als 60 Mrd. Yuan RMB (verteilt auf verschiedene Verwaltungssektoren und regionale Behörden) erreicht haben.

Da diese Mittel der Kontrolle durch die staatlichen Finanzbehörden entzogen seien, würden die fiskalische Kapazität des chinesischen Staates und die staatlichen Möglichkeiten zur makroökonomischen Steuerung beeinträchtigt. Die "kleinen Staatsschätze" (*xiao jinku*), die auf allen Ebenen des Verwaltungssystems irregulär angehäuft würden, seien eine "Brutstätte für Korruptionserscheinungen". -hei-

*(9)

Besonders korruptionsanfällige Bereiche der öffentlichen Verwaltung

Nach Erkenntnissen der Disziplinarbehörden von Parteizentrale und Zentralregierung sind folgende Teile der öffentlichen Verwaltung Chinas besonders anfällig für "Wirtschaftskriminalität" und Korruption:

Allgemein verbreitet sind "Tauschgeschäfte von Macht gegen Geld" (*quan qian jiaoyi*) unter Beteiligung von Kadern in leitenden Verwaltungspositionen sowie politischen Entscheidungsträgern in Partei und Regierung; Kader mittleren und jüngeren Alters haben einen überproportional großen Anteil an solchen Aktivitäten. Die Generation der Revolutionsveteranen und der in den fünfziger Jahren sozialisierten Parteifunktionäre ist nach dieser - durchaus plausiblen - Einschätzung offenbar korruptionsresistenter.

In der Wirtschaftsverwaltung sind die Finanz- und Steuerbehörden sowie Bau- und Grundbuchämter anfällig für Korruption und Bereicherungsversuche auf Kosten der Staatskasse. Verwaltungsstellen, die mit Immobilien- und Aktiengeschäften (zwei der wichtigsten Spekulationsbereiche der chinesischen Wirtschaft) betraut sind, gehören zu den am stärksten von Wirtschaftsvergehen betroffenen Teilen der öffentlichen Verwaltung. Amtsmissbräuche in Polizei und Justiz sind ebenfalls von herausragender Bedeutung. Bemerkenswert ist,

daß in der Liste der korruptionsanfälligen Verwaltungsbereiche auch die für Geburtenplanung zuständigen Stellen an prominenter Stelle genannt werden. (*Xinwen huibao*, 24.8.1996)

Die von den Disziplinarbehörden vorgenommene Analyse birgt kaum Überraschungen. Die aufgeführten Behörden gehören mit Ausnahme der Geburtenkontrollbehörden international zu den korruptionsanfälligen Verwaltungsstellen und bestätigen eine weltweite Erkenntnis: Je größer die Aufsichts-, Regulierungs- und Eingriffskompetenzen staatlicher Stellen im Wirtschaftsleben sind, desto größer ist deren Korruptionsanfälligkeit. -hei-

*(10)

Grenzen der Verwaltungsreform: Die Zahl des Staatspersonals nimmt weiter zu

Seit 1993 bemüht sich die Beijinger Zentralregierung energisch um eine Straffung der Stellenpläne (*jingjian bianzhi*) in öffentlicher Verwaltung, staatlichen Institutionen und Staatsunternehmen. Personalkosten sollen gesenkt, die Effizienz der Verwaltungsorganisation erhöht werden (im Detail siehe C.a., 1996/7, S.670-677). Nach jüngsten Statistiken aber kommen die von Beijing betriebenen Reformmaßnahmen nicht voran. Die Zahl des Staatspersonals wächst weiter.

Von Juni 1995 bis Juni 1996 ist die Zahl der in öffentlichen Institutionen (z.B. Schul-, Gesundheits-, Sozialwesen) angestellten Personen um 740.000 auf nun insgesamt knapp 24 Mio. gestiegen. Die Zahl des Behördenpersonals stieg im gleichen Zeitraum um 266.000 auf etwas über 10 Mio. Öffentliche Institutionen "nehmen unaufhörlich neues Personal auf". Der Aufbau eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes werde durch diese personelle Aufblähung gravierend beeinträchtigt. (*Jingji cankao bao*, 1.9.1996)

Nach Informationen einer chinesischen Nachrichtenagentur waren Ende 1995 insgesamt 38,32 Mio. Staatsbedienstete ("Kader") im öffentlichen Sektor (Staatsverwaltung, öffentliche Institutionen und Staatsunternehmen) registriert. (ZXS, 20.8.1996) Das seit Beginn der achtziger Jahre rasante Wachstum des Staatspersonals und die damit verbundene dramatische Steigerung der Personalausgabenquote in den öffentlichen Haushalten ist durch die jüngsten Verwaltungsreformen nicht gebremst worden. -hei-

*(11)

Urbanisierung auf dem Lande: wachsende Bedeutung ländlicher Kleinstädte

Einem Bericht der *Volkszeitung* (RMRB, 5.9.1996, Überseeausgabe) zufolge, der sich auf Auskünfte des Aufbauministeriums beruft, arbeiten gegenwärtig 130 Mio. Chinesen mit ländlicher Wohnsitzregistrierung (diese werden bis heute immer noch häufig irreführend unter die "Bauern" gerechnet) in Chinas 55.000 ländlichen Kleinstädten (*xiao chengzhen*). Sie tragen durch ihre Arbeit in den dortigen Dienstleistungs- und Industriebetrieben mehr als 70% zum von der ländlichen Gesellschaft erwirtschafteten Bruttoproduktionswert bei. Jährlich nehmen die Kleinstädte 7-8 Mio. neue Arbeitskräfte auf, die in landwirtschaftlichen Tätigkeiten nur noch geringe Einkommenschancen besitzen.

Die Erfolge der ländlichen Betriebe seien nicht auf die Provinzen Guangdong, Fujian, Zhejiang, Jiangsu, Shandong, Liaoning und Sichuan begrenzt, wo inzwischen viele größere, überregional operierende Unternehmensgruppen entstanden sind. Auch in Zentral- und Westchina sowie in der Beijing-Tianjin-Hebei-Region kämen die Regierungspläne zum "Aufbau von 100 Schwerpunkt-Kleinstädten" rasch voran.

Die aktuelle Zahl der überschüssigen Arbeitskräfte auf dem Lande wird in diesem Bericht mit "mehr als 100 Mio." (eine zurückhaltende Schätzung) angegeben; jedes Jahr kämen mehr als 10 Mio. hinzu. Bis zum Jahr 2000 werde es in ländlichen Gebieten 200 Mio. überschüssige Arbeitskräfte geben. Die fortschreitende Urbanisierung und Schaffung neuer Arbeitsplätze in den ländlichen Dienstleistungs- und Industriesektoren sieht die Zentralregierung als wichtigstes Mittel zur Begrenzung der überregionalen Binnenwanderung in die städtischen Ballungsräume in Ost- und Südostchina an. -hei-

*(12)

Führungskader legen Rechenschaft über Einkommen und Annahme von Geschenken ab

Seit 1995 sind leitende Funktionäre in Partei- und Staatsorganen dazu verpflichtet, gegenüber den Disziplinarbehörden detailliert Rechenschaft über ihre Einkommenssituation und ihnen überbrachte Geschenke abzugeben.

礼品登记表

登记人	政治面貌	登记时间
单位、职务	电话	
礼品名称、数量、型号及价值		
送礼人姓名、单位、职务		
送礼时间、地点:		
(以下由受理礼品登记部门填写)		
接受登记部门		
礼品处理情况	经手人:	批准人:
礼品移交情况	移交人:	接收人:

党政机关县(处)级以上
领导干部收入申报表

姓名	性别	政治面貌	党政职务
工作单位			
住址			
一九九 年 $\frac{\text{上}}{\text{下}}$ 半年收入			
1. 工资			
2. 各类奖金、津贴、补贴及福利费等			
3. 从事咨询、讲学、写作、审稿、书画等劳务所得			
4. 事业单位的领导干部、企业单位的负责人承包经营、承租经营所得			
合 计			
说 明	(具体收入名称、时间、来源、方式、数额)		
备 注 (由接受申报部门填写)			

填表日期: 199 年 月 日

Nach Angaben der Zentralen Disziplinarkontrollkommission der Kommunistischen Partei Chinas sind nach unvollständigen Statistiken innerhalb des ersten Jahres bereits 172.000 Kader ihrer Geschenke-Berichtspflicht nachgekommen. Geschenke im Wert von knapp 44 Mio. Yuan RMB sollen an die Disziplinarbehörden übergeben worden sein. (*Shanxi fazhan daobao*, 20.8.1996)

Die Rechenschaftspflichten im Hinblick auf Einkommen und Geschenke unterliegen detaillierten Bestimmungen und werden durch standardisierte Formulare (siehe Kopien) vereinfacht. Das Formular über die Geschenkeannahme enthält Angaben über Art und Wert des Geschenkes, Namen und Hintergrund des Schenkenden (also gegebenenfalls auch ausländischer Geschäftsleute) sowie über Zeit und Ort der Geschenkeübergabe. Die Disziplinarorgane vermerken auf demselben Formular, wie sie mit den ihnen übergebenen Geschenken verfahren sind. Die beiden Formulare stammen aus dem von der ZK-Disziplinarkontrollkommission und dem Ministerium für Behördenaufsicht herausgegebenen und in Millionenaufgabe vertriebenen *Handbuch über Bestimmungen zu Disziplinarfragen in Partei und Verwaltung* (*Dangji zhengji tiaogui shouce*), Beijing 1996, S. 161 bzw. S.169. -hei-

*(13)

Unzufriedene Arbeiter: Zunahme von Schlichtungsverfahren und offenen Arbeiterprotesten

Das neue Arbeitsgesetz der VR China, das im Januar 1995 in Kraft trat und weitreichende Verbesserungen des Sta-

tus insbesondere von Arbeitern in Staatsunternehmen vorsieht, hat bislang nicht zu einer Entspannung der Arbeitsbeziehungen beigetragen. Vielmehr geht aus Stellungnahmen sowohl des Arbeitsministeriums als auch des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes hervor, daß Konflikte zwischen Betriebsleitungen und Belegschaft weiter an Zahl zugenommen haben. (SCMP, 12./15.8.1996)

So hätten sich die mit der Konflikt-schlichtung betrauten Stellen 1995 mit rund 33.000 Beschwerden aus der Arbeiterschaft befaßt. 25.000 dieser Fälle drehten sich um Probleme kollektiver Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen in Betrieben (ein Zuwachs von knapp 75% gegenüber 1994). 450.000 Arbeiter seien von solchen Fällen betroffen gewesen, rund 50% mehr als noch 1994. Gerichte seien in 28.285 Fällen in die Regelung von Arbeitskonflikten eingeschaltet worden; in den vorangehenden Jahren war es dazu nur in etwa 10.000 Fällen gekommen. Die Mehrzahl der Konflikte steht im Zusammenhang mit Verletzungen von Arbeiterrechten in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung sowie in Privat- und Gemeindeunternehmen.

Die Zentralregierung hat die Errichtung von Aufsichtsorganen auf Provinzebene sowie auf Bezirks-/Stadtebene angeordnet, die dem Schutz der Arbeiterrechte Geltung verschaffen sollen. Dies wird als wichtiger Schritt auf dem Weg zur Errichtung eines nationalen Aufsichtssystems dargelegt.

Nach internen Statistiken des chinesischen Sicherheitsapparates soll es 1995 mehr als 12.000 Streiks, Demonstrationen

und sonstige kollektive Aktionen von Arbeitern gegeben haben (1994: rund 9.000). Allein in der Provinz Guangdong wurden im letzten Jahr 927 Fälle solcher Arbeiteraktionen registriert, von denen 78% mit einer Verzögerung oder Verweigerung von Lohnzahlungen durch die Betriebsleitungen zusammenhingen. In dieser Provinz legten darüber hinaus 2.115 Arbeiterdelegationen Beschwerden bei den zuständigen Verwaltungsbehörden vor, die sich besonders häufig um Fragen der Pensionsregelungen drehten. 200.000 Arbeiter hätten sich in Guangdong 1995 an Protestaktionen beteiligt. (*Dagong Bao*, Hongkong, 13.7.1996, zit.n. CNA, No.1565-66, S.6)

Sorgen macht den Wirtschafts- und Polizeibehörden die Zunahme der Kriminalität im Umfeld maroder staatlicher Großunternehmen. Insbesondere in Stahlwerken und im Metallhandel breitet sich die Schattenwirtschaft offenbar weiter aus: Die chinesischen Behörden haben jüngst 1.900 illegale Metallhandelsstellen geschlossen und in 2.800 Betrieben Disziplinierungsmaßnahmen durchgeführt. Manche Angestellte in Großstahlwerken (insbesondere in den Provinzen Shanxi, Shandong, Hubei, Hunan, Hebei, Sichuan und Jilin) betreiben einen schwunghaften illegalen Handel mit Rohstoffen und Produkten ihrer Betriebe, der nun die besondere Aufmerksamkeit der Behörden auf sich gezogen hat. Stahlwerke und Bergwerke sollen in den letzten Jahren auch besonders häufig von Streikbewegungen betroffen gewesen sein. (SCMP, 12.8.96) -hei-